

Deutschland – der „kranke Mann Europas“?

Jens van Scherpenberg

Schlimm muss es um Deutschland stehen. Der „Spiegel“ erklärt das Land zum „Sanierungsfall“, für den britischen „Economist“ ist es „the sick man of Europe“ – der kranke Mann Europas. Es soll gar die „Deindustrialisierung“ des weltweit führenden Industrielands drohen. Die Bauwirtschaft liegt darnieder und das Land schiebt einen Berg an notwendigen Infrastrukturinvestitionen vor sich her. Aber andererseits: von Massenarbeitslosigkeit, Zusammenbrüchen großer Unternehmen keine Spur. Die Autoindustrie sieht sich zwar in der Krise, der Absatz an benzin- und dieselgetriebenen geht zurück, der Verkauf von vollelektrischen Fahrzeugen bricht sogar ein, die Kapazitäten sind unterausgelastet. Der Maschinenbau hingegen, eine der deutschen Schlüsselindustrien, sieht keine Krise, allenfalls ein leichtes Abschmelzen seiner übervollen Auftragsbücher. Zwar werden manche Investitionen, die sonst am deutschen Standort vorgenommen werden, nun ins Ausland verlagert, nicht zuletzt in die USA, die im Rahmen ihres Inflation Reduction Act (IRA) mit hohen Subventionen locken. Aber andererseits kommt es auch zu bedeutenden Neuinvestitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland, wie Tesla in Grünheide bei Berlin und Intel in Magdeburg – auch sie natürlich massiv subventioniert. Es herrscht nicht nur Vollbeschäftigung, sondern massiver Mangel an Arbeitskräften,

ob Facharbeiter in Industrie, Handwerk, Bauwirtschaft, oder auch ungelernete Arbeitskräfte in der Gastronomie und anderen Dienstleistungsbranchen. Es könnte also eigentlich mehr produziert und an Diensten erbracht werden, wenn es dafür nur genügend Arbeitskräfte gäbe. Widersprüchliche Signale fürwahr. Was ist also dran am deutschen wirtschaftlichen Niedergang? Geht er erst richtig los, ist er schon vorbei, bevor er überhaupt begonnen hat? Oder steckt hinter dem Reden vom Niedergang Deutschlands womöglich einfach der Anspruch der europäischen Führungsmacht auf ungebrochenen Erfolg, an dem gemessen die gegenwärtige Wachstumsschwäche als nationale Katastrophe erscheint?

Krisenwahrnehmung ...

„Wir Verlierer: Eben noch war die deutsche Wirtschaft Wachstumsmotor, jetzt ist sie Schlusslicht der westlichen Industriestaaten. Unser Wohlstand ist in Gefahr und die Regierung wirkt ratlos.“⁴¹

Es ist fürwahr eine verstörende Diagnose, die der Spiegel im September 2023 seinen Lesern zumutete. Er ist damit nicht allein. Die alte Titelschlagzeile aus dem deutschen Krisenjahr 1999 vom „kranken Mann Europas“, die der Economist im August 2023 wieder ausgegraben hat, wenn auch



Dr. Jens van Scherpenberg

Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft
Ludwig-Maximilians-Universität München

mit Fragezeichen,² wird von „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Die Zeit“ aufgegriffen. Auch die Bildzeitung (2.8.2023) klagt „Alle wachsen, Deutschland schrumpft“.

Der „Alarm“, der im Sommer 2023 die Panik in den deutschen Medien auslöste, kam aus zwei Quellen. Laut einer nüchternen Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) in seinem Länderbericht für Deutschland vom Juli 2023³ liegt Deutschland, so konnte dem Bericht entnommen werden, beim prognostizierten Wachstum für 2023 an der letzten Stelle der G7, der sieben führenden westlichen Industriestaaten. Als einziges der sieben Länder soll es über das Jahr gerechnet eine leichte Abschwächung des BIP verzeichnen, also in eine Rezession geraten.

Und im vielzitierten „World Competitiveness Report 2023“ des Schweizer „International Institute for Management Development“ (IMD)⁴ ist Deutschland von Platz 15, den es noch 2022 belegte, auf Platz 22 herabgestuft worden.

Im letzten Platz unter den G7 eine nationale Katastrophe sehen zu sollen, ist nicht recht einzusehen. Eigentlich sollte es kein Problem sein, wenn Deutschland nach Jahren, in denen es mit seinen Wachstumsraten vor allem den Südländern in der Eurozone weit vorauseilte und damit wesentlich zur Krise des Euro beitrug, einmal ein geringeres Wachstum verzeichnet als etwa Italien oder Spanien und damit die Wirtschaftsentwicklung in der Eurozone etwas weniger weit auseinanderklafft. Und im World Competitiveness Report 2023 steht Deutschland eine Stelle hinter China. Von den G7-Staaten liegen hier nur die USA (Platz 10) und Kanada (Platz 15) vor Deutschland, die anderen vier deutlich dahinter. Angeführt wird die Rangliste von kleineren hochentwickelten Staaten wie Dänemark, Irland und die Schweiz.

Dramatisch sind mithin beide Daten aus dem Sommer 2023 nicht.

Aber die deutschen Massen- wie Wirtschaftsmedien sehen das anders. „We were the Champions“, titelt die Wirtschaftswoche und spricht damit aus, was der Anspruch ist: Deutschland hat an der Spitze zu stehen. Es scheint, dass hier immer noch der paradoxe Stolz auf die Stellung als „Exportweltmeister“ nachklingt, die Deutschland schon vor vielen Jahren an China verloren hat. Volkswirtschaftlich paradox war dieser stolze Titel deshalb, weil er bedeutete, dass Deutschlands Industrie in großem Umfang für ausländische Märkte arbeitete und das Land dafür im Gegenzug in abwertungsträchtigen

fremden Währungen bezahlt wurde. Das galt nicht nur für Exporte in andere EU-Länder, wie Italien und Frankreich, sondern auch für solche in den Dollarraum. Für einen US-Dollar, der im Devisenhandel noch zu Beginn der 1960er Jahre vier Deutsche Mark wert war, bekommt man inzwischen, bei einem Stand von 1,10 US-Dollar zu 1 Euro weniger als einen Euro oder umgerechnet 0,56 DM. Die über die üppigen Exporte angesammelten Devisenreserven waren insoweit volkswirtschaftlich betrachtet kein gutes Geschäft.

Den Preis für dieses Geschäft haben allerdings nicht so sehr die Industrieunternehmen bezahlt, die durch ihr florierendes Exportgeschäft und zunehmend auch durch die mit den Überschüssen aus dem Export ermöglichten Firmenkäufe und Direktinvestitionen im Ausland ihre Kapitalbasis immer weiter stärken konnten und damit ihre globale Wettbewerbsfähigkeit sicherten. Den Preis zahlten die inländischen Verbraucher, was aus volkswirtschaftlicher Sicht als makroökonomische „Konsumschwäche“ verbucht wird und damit als Problem der Konsumgüterindustrie.

Erst durch die enormen Aufwendungen für die deutsche Einheit und die „Wohlfühljahre“ der Ära Merkel hat sich hier etwas verschoben, ist der Anteil des inländischen Konsums gestiegen.

So scheint auch aus den alarmistischen Meldungen eine wichtige Differenzierung durch: In erster Linie sind es nicht unbedingt die Unternehmen, die unter der gegenwärtigen Wirtschaftsschwäche leiden, da viele von ihnen Ausweichmöglichkeiten haben. Vielmehr ist es die Volkswirtschaft als ganze, der „Standort Deutschland“. Und das übersetzt sich in sinkende reale Steuereinnahmen, also abnehmende finanzielle Handlungsfähigkeit für die öffentlichen Gebietskörperschaften, vom Bund bis zu den Kommunen.

... und Realität: eine robuste Wirtschaft vor neuen inneren und äußeren Herausforderungen

Was also ist wirklich dran an den Alarmrufen des Sommers 2023? Verschiedene wirtschaftliche Entwicklungen sind in der Tat bedenklich. Einige davon sind binnenwirtschaftlich begründet, davon manches sogar durch politische Entscheidungen veranlasst. Andere sind auf außenwirtschaftliche

Probleme zurückzuführen: Preissteigerungen auf Rohstoff- und Vorproduktenmärkten, Lieferkettenprobleme – und natürlich nicht zuletzt, darauf wird zurückzukommen sein, politische Eingriffe in bisher reibungslose Handelsbeziehungen.

Vor allem aber ist zu unterscheiden zwischen rein konjunkturell bedingter Wachstumsschwäche und sogenannten strukturellen Faktoren, die also längerfristig die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland beeinträchtigen. Nur letztere könnten allenfalls die Rede vom „kranken Mann Europas“ rechtfertigen, sollten sie so gravierend und nachhaltig wirken wie behauptet.

Zunächst einmal hat sich im ablaufenden Jahr das makroökonomische Umfeld in einem entscheidenden Punkt geändert. Und das ist primär ein konjunktureller Effekt. Die Nullzins-Phase am Kapitalmarkt, die es etwa dem Bund erlaubt hat, seine Staatsschuldbriefe mit einem Negativzins auszustatten – sich also dafür bezahlen zu lassen, dass er den verzweifelt sichere Anlagemöglichkeiten suchenden Kapitalanlegern ihr Geld abnimmt –, ist zu einem recht abrupten Ende gekommen. Das hat einen größeren Rattenschwanz an Folgeproblemen nach sich gezogen. Ganz unmittelbar bedeutet es zunächst, dass die von den öffentlichen Haushalten zu tragende Zinslast für ihre Verschuldung sich vervielfacht hat. Der Schuldendienst des Bundes, der noch im Haushaltsjahr 2021 etwa 3,9 Mrd. € betragen hatte, stieg im Haushalt 2023 auf über 42 Mrd. €. Davon entfallen etwa 10 Mrd. auf Zinssteigerungen, der Rest auf die massiv erhöhte Nettokreditaufnahme und deren gestiegene Kosten in Form von Disagios, also Abschlägen vom Nennwert auf die neuemittierten Schuldverschreibungen, für die allein 16 Mrd. € angesetzt wurden. 2021 dürfte der letztere Betrag nahe Null gelegen haben.

Die öffentlichen Haushalte werden also von sinkenden Steuereinnahmen einerseits, steigenden Kosten des Schuldendienstes andererseits in die Zange genommen.

Mindestens so gravierend wie auf die öffentlichen Haushalte wirken sich die steigenden Zinsen auf die Bauwirtschaft aus. Vor allem die Aufträge für den Wohnungsbau brechen ein, nicht allein wegen der wachsenden Zinslast auf die Immobilienkredite, sondern auch durch den inflationsbedingten Preisanstieg über die ganze Breite der Baumaterialien. Allein der Bausektor dürfte für einen großen Teil der Wachstumsschwäche verantwortlich sein. Doch das ist ein konjunktureller Effekt, der sich

nach einer gewissen Marktanpassung wieder in sein Gegenteil verkehren kann.

Vor allem im Bestand von Wohnungs- und gewerblichen Immobilien muss es erst zu einem deutlichen Preisrückgang kommen, bevor die Nachfrage nach Bestandsimmobilien und dann auch die nach Neubauten wieder zunimmt. Und der Immobilienmarkt reagiert eher träge auf veränderte Rahmenbedingungen. Immerhin sind die durchschnittlichen Preisrückgänge bei Wohnungen um gut 10% in 2023 sowie die Insolvenz eines der größten deutschen Eigentümers gewerblicher Immobilien, der Signa-Gruppe des österreichischen Unternehmers René Benko, ein deutliches Signal für die Marktanpassung.

In anderen Sektoren ist von Wachstumsschwäche wenig zu spüren. Die Landwirtschaft hat 2023 eines ihrer ertragreichsten Jahre seit längerem hinter sich. Und auch eine der deutschen Schlüsselbranchen, der Maschinenbau, hat bislang kaum Grund zu klagen. Dort sieht man allenfalls eine kleine konjunkturelle Delle. Aber, so zitiert die Süddeutsche Zeitung Karl Haeusgen, den Präsidenten des Verbandes der Deutschen Maschinen- und Anlagenbauindustrie (VDMA), „es gibt keine Krise im Maschinenbau, es gibt kaum wirtschaftliche Krisen in Deutschland. Im globalen und historischen Kontext kann von einer Krise nicht die Rede sein.“⁴⁵ Dass manche der mittelständischen sogenannten „Hidden Champions“, der verborgenen Weltmarktführer auf ihrem Spezialgebiet, sich mit dem Gedanken tragen, neue Investitionen teilweise im Ausland statt in Deutschland vorzunehmen, ist für die Unternehmen selbst kein Schwächezeichen, sondern eher für den deutschen Investitionsstandort.

Der ist allerdings in besonderem Maße von der doppelten Herausforderung der Energiekrise betroffen. Und die ist hausgemacht. Sie beruht auf zwei politischen Entscheidungen, die sich in ihrem Effekt auf die Wirtschaft gegenseitig verstärken. Zum einen hat die abrupte Abkehr von der Übergangsenergiequelle Erdgas infolge der Sanktionen gegen Russland zu einem Preisschock geführt, der zu der konjunkturellen Abschwächung hinzu kam. Er betrifft vor allem die besonders energie- und kohlenwasserstoff-intensiven Industrien: die Chemieindustrie, die Glas- und die Zementindustrie etwa sowie die Stahlindustrie und andere Metallschmelzen. Zum zweiten steht mittelfristig der generelle Verzicht auf Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen an, auf den sich nahezu alle Indus-

triebranchen, nicht zuletzt die Autoindustrie als deutsche Schlüsselbranche bereits jetzt einstellen müssen. Die dadurch notwendigen Investitionen verschaffen nur zum Teil der deutschen Industrie zusätzliche Nachfrage. Fotovoltaikmodule etwa oder Lithium-Batterien für E-Autos kommen heute überwiegend aus China. Dessen Produzenten von Anlagen für erneuerbare Energieerzeugung haben sich dank staatlicher Förderung und des riesigen Binnenmarktes auf diesen Gebieten einen erheblichen Wettbewerbsvorsprung erworben, was Preis und Qualität angeht. Für die Windkraft-Industrie sprach zuletzt der scheidende BASF-Vorstandsvorsitzende Bruder Müller die bittere Wahrheit aus: „Die Chinesen sind technisch besser als wir, und sie sind auch kostengünstiger als wir.“⁶

Das Bild, das die wirtschaftliche Lage der deutschen Industrie bietet, ist also recht gemischt. Die befürchtete „Deindustrialisierung“, eines der modischen Stichworte im gegenwärtigen öffentlichen Krisendiskurs, ist daraus nicht abzulesen. Auch der VDMA-Präsident meint „es gibt keine Deindustrialisierung“. Gleichwohl gilt es, bei diesem Stichwort zu klären, was damit gemeint ist. Einige Länder haben in den letzten Jahrzehnten der Globalisierung tatsächlich einen massiven Verlust an gut bezahlten Industrie Arbeitsplätzen zu verzeichnen. Das gilt vor allem für die USA und Großbritannien. Hier wurde eine Politik bewusster Förderung des Dienstleistungssektors – vor allem der Finanzwirtschaft und Unternehmensberatung – betrieben, während gleichzeitig im Zuge der weltweiten Liberalisierung des Handels und Kapitalverkehrs Industrieunternehmen von ausländischen Investoren aufgekauft und ganze Branchen zu großen Teilen in Länder mit niedrigeren Produktionskosten verlagert wurden. Das schlug sich in sinkenden, zumindest stagnierenden Preisen des inländischen (aber im billigeren Ausland produzierten) Güterangebots nieder. Auch Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten ganze Industriezweige an wettbewerbsfähigere ausländische Produzenten verloren, zuletzt etwa die Produktion von Fotovoltaikmodulen, bei einem klimapolitisch hoherwünschten Preisverfall auf ein Viertel bis ein Zehntel des Preises zu Beginn der garantierten Einspeisevergütung. Den Weg der Begünstigung des Dienstleistungssektors zu Lasten der Industrie ist man in Deutschland allerdings nicht gegangen. Dadurch wurde das Land zu einem der Gewinner der Globalisierung, als Lieferant für die in vielen anderen Ländern, vor allem in China, ent-

stehenden Industriekapazitäten sowie die wachsende Nachfrage nach hochwertigen Konsumgütern, vor allem Autos. Und noch immer ist der Anteil der verarbeitenden Industrie am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland mit knapp 31% weitaus höher als in den anderen Industriestaaten; in den USA liegt er bei 19%, in Großbritannien bei 20%.

Will man also bei einem leichten Rückgang des überdurchschnittlichen Anteils des verarbeitenden Gewerbes am BIP in Deutschland um ein oder zwei Prozentpunkte von Deindustrialisierung sprechen? Das dürfte übertrieben sein. Auch hier würde damit allenfalls die Sonderstellung Deutschlands unter den Industrieländern etwas abgebaut werden. Aber natürlich können eine Werksverlagerung oder auch nur ausbleibende Investitionen für die Beschäftigten und die jeweilige Kommune ein schwerwiegender Einschnitt sein.

Unbestreitbar steht die deutsche Wirtschaft aber auch vor neuen *außenwirtschaftlichen* Herausforderungen. Die Zeiten der Globalisierung sind vorbei, die Weltwirtschaft fragmentiert sich zunehmend in einzelne Blöcke. Die USA setzen immer stärker auf Buy American-Klauseln und erschweren damit den Marktzugang für Importe aus Deutschland und der EU. Ziel ist eine zumindest teilweise Reindustrialisierung. Die VR China forciert ihre Politik der Importsubstitution bei Industriegütern. Sie reagiert damit nicht zuletzt auf die Tendenzen zur Abkopplung seitens der westlichen Industriestaaten, vor allem der USA, die gegen China ein umfassendes Exportverbot für fortgeschrittene Mikroelektronik-Bauteile verhängt haben und auch Deutschland zu einer Reduzierung der Handelsverflechtung mit China nötigen. Auch das erschwert deutsche Exporte. Der „Gewinner der Globalisierung“ muss sich also auf neue, erschwerte Geschäftsbedingungen einstellen.

Öffentliche Verwaltung als Standortfaktor

In allen konkreten Klagen aus der Wirtschaft, wie sie sich in den Presseberichten über den „kranken Mann Europas“ niederschlagen, wird einem Faktor besonderes Gewicht zugemessen: der „Bürokratie“.⁷ Auch im IMD-Ranking der internationalen Wettbewerbsfähigkeit schneidet Deutschland bei „government efficiency“, der Effizienz von Verwal-

tingsprozessen, mit Platz 27 unter den entwickelten Industrieländern besonders schlecht ab. Viele der „Hidden Champions“ sind frustriert von überlangen Genehmigungsprozessen für neue Investitionsvorhaben sowie von überhand nehmenden Dokumentationspflichten über die Einhaltung immer neuer Regelungen.

Erst recht gilt das für öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, vor allem die Verkehrsnetze. Das drastischste Beispiel von Staatsversagen auf diesem Gebiet ist sicherlich die weit hinter dem Niveau anderer Industriestaaten zurückbleibende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Nachbarländer im EU-Binnenmarkt wie Tschechien, Polen, die baltischen Staaten, auch Österreich, schneiden hier wesentlich besser ab und können so Investitionen deutscher Unternehmen an sich ziehen, die in Deutschland das Vielfache an Verwaltungs- und Zeitaufwand, damit auch an Kapitalkosten erfordert hätten.

Was verbirgt sich in Deutschland hinter dem als Kritik gemeinten pauschalen Schlagwort „Bürokratie“, das in der Tat besser mit „(In-)Effizienz der öffentlichen Verwaltung“ übersetzt wird? Auch hier seien wieder zwei Stichworte genannt, um das zugrundeliegende Problem zu identifizieren: „soziale Gerechtigkeit“ und „Absicherung“. Das Bestreben staatlicher Entscheidungsinstanzen, vor allem sozial- und steuerpolitische Regelungen bis ins letzte Detail „sozial gerecht“ auszugestalten, führt zu einem überhöhten Verwaltungs- und Zeitaufwand, bei den zuständigen Dienststellen wie bei deren „Kunden“, den Empfängern von Sozialleistungen und den Steuerzahlern. Und die in der öffentlichen Verwaltung ausgeprägte Risikoscheu, das Bedürfnis, kleinteilig Prozesse zu reglementieren und mehrfache Zuständigkeiten zu schaffen, um sich abzusichern, statt das angestrebte Regelungsziel auf dem effizientesten Weg anzusteuern, verlängert Abläufe erheblich.

Aber auch die vielfältigen rechtlichen Einspruchsmöglichkeiten von betroffenen Bürgern vor allem bei staatlichen Infrastrukturinvestitionen, aber auch privaten Vorhaben der Energieerzeugung und -leitung haben bislang zu enormen Verlängerungen des Realisierungsprozesses geführt. Hier immerhin wurde durch die gesetzliche Ausweitung der Definition von Vorhaben im „übergordneten öffentlichen Interesse“ eine klare Hierarchie der Interessen hergestellt, die die Realisierung wesentlich beschleunigt.

Unzureichende Digitalisierung von Verwaltungsprozessen, Absicherungsbedürfnis, unklare Mehrfachzuständigkeiten, das alles übersetzt sich unmittelbar in Produktivitäts- und Wachstumsverluste durch Verzögerung und damit Verteuerung von privaten und öffentlichen Investitionsvorhaben. Hier einzugreifen hat nichts mit „neoliberaler“ Deregulierung zu tun, sondern erfordert schlicht ein System klarer, gebündelter Verantwortungen, zusammen mit einer Kultur schneller und konsequenter Fehlerkorrektur statt obsessiver zeitraubender Fehlervermeidung. Welches Potential hier gehoben werden könnte, wenn diese hausgemachten Wachstumsbremsen gelöst werden, wenn staatliche Instanzen ihre Leistung nicht mehr in Zahl und Umfang immer neuer Gesetze und Verordnungen, sondern daran messen würden, wie sich ihre Regelungsziele auf möglichst kostengünstige und effiziente Weise erreichen lassen, lässt sich – wie das IMD-Ranking zeigt – an vielen anderen Ländern ablesen.

Prioritäten deutscher Großmacht-politik

Die Bundesrepublik versteht sich als Führungsmacht in Europa, wirtschaftlich, politisch – und seit der „Zeitenwende“ auch militärisch. Bislang gehörte dazu auch das Selbstbewusstsein, dass das Land aus jeder „Krise gestärkt hervorgeht“, wie es die Bundeskanzlerin Merkel während der Finanzkrise von 2008/9 versprach. So rekapituliert es auch das „Handelsblatt“ in seiner Krisenberichterstattung vom Sommer 2023:

„Fast 20 Jahre galt: Egal, ob weltweit Banken kollabieren wie 2008, egal, ob das Euro-Land Griechenland seine Schulden nicht bedient wie 2012, egal, ob ein kleines Virus nicht nur die Menschen, sondern auch die Weltwirtschaft infiziert wie 2019 – Deutschland, so schien es, war immer relativer Sieger. Das heißt, natürlich litt auch Europas größte Volkswirtschaft, aber bei Weitem nicht so stark wie manch andere. Und vor allem: Sie erholte sich immer recht schnell.“⁶⁸

Diese Regel scheint inzwischen gebrochen. Und das liegt vor allem daran, dass die Überwindung der Wachstumsschwäche nicht zu den politischen Prioritäten der Regierung gehört. Es zeigt sich, dass das Selbstverständnis als wirtschaftliche

Vormacht in Europa und der immer schärfer artikulierte Anspruch, in den sich zuspitzenden geopolitischen Konflikten auch politisch und militärisch eine Führungsrolle einzunehmen, sich nicht vertragen.

In der strikten Priorisierung der öffentlichen Ausgaben, die stagnierende Steuereinnahmen und die vom Verfassungsgericht am 15.11.2023 verfüigten Beschränkungen für die Neuverschuldung auf das verfassungsgemäß zulässige Maß erzwingen, haben Ausgaben für strukturelle Reformen, für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung kaum einen Platz. Auch der Bildungssektor, dem der jüngste OECD-PISA-Test miserable Ergebnisse bescheinigt hat, darf weiter auf dringend nötige Investitionen und zusätzliche Personalmittel warten. Nur der Verteidigungshaushalt steigt, und der 100-Mrd. €-Sonderfonds für die Bundeswehr bleibt unangetastet, da er in die Verfassung geschrieben wurde. Denn an vorderster Stelle der staatlichen Prioritätenliste stehen jetzt die Ausgaben für die Aufrüstung der Bundeswehr und die Milliardenbeträge für die laufende Unterstützung der Ukraine. Sollten die USA aufgrund der Blockade durch die Fraktion der Republikaner im Kongress ihre Unterstützung der Ukraine mit Waffen und Geld einstellen, macht sich die Bundesregierung bereit, ihrerseits die Führung in der Alimentierung des kriegsgeschundenen Landes Ukraine zu übernehmen.

Dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum, geschweige denn dem Einkommensniveau und Lebensstandard der Bevölkerung dienen diese neuen Prioritäten nicht, jedoch dem Wachstum einiger Rüstungsunternehmen auf Kosten des zivilen Sektors. Auf sie verlagert sich ein Teil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, während die Probleme der von ihrem Lohn lebenden Bevölkerung, unter den Bedingungen öffentlicher Sparpolitik, gestiegener Strom-, Heizungs- und Benzinkosten sowie genereller Verbraucherpreissteigerungen vor allem bei Lebensmitteln mit ihrem Einkommen klarzukommen, in der volkswirtschaftlichen Betrachtungsweise als „Konsumschwäche“ auftauchen, die zu einer Wachstumsschwäche der Konsumgüterindustrie führt – ein gewollter Strukturwandel?

Die Krise der deutschen Wirtschaft, soweit es denn eine gibt, ist keine Krise der Unternehmen, sie ist nicht Resultat widriger Entwicklungen am Kapitalmarkt oder schwierigerer Bedingungen am Weltmarkt, mit denen die Unternehmen durchaus fertig werden könnten. Sie ist überwiegend selbstgemachtes Resultat politischer Entscheidungen: einer über-

ambitionierten geopolitischen Großmachtspolitik, die die Rahmenbedingungen im eigenen Land, von den Kitas bis zu den Genehmigungsprozessen für große Investitionsentscheidungen, vernachlässigt und nach außen ertragreiche wirtschaftliche Partnerbeziehungen durch außenpolitisches Auftrumpfen zerrüttet. Wenn Deutschland sich angesichts dieser Prioritäten doch noch zum „kranken Mann Europas“ entwickeln sollte, dann hätte man sich das Land, um im Bilde zu bleiben, als muskelgeschwollenen Bodybuilder unter Anabolika vorzustellen, dem akute Kreislaufschwäche droht.

Anmerkungen

- 1 Deutschlands Wirtschaft schmiert ab – was jetzt helfen könnte, *Der Spiegel*, Nr. 36/2023.
- 2 Is Germany once again the sick man of Europe?, *The Economist*, 17. August 2023.
- 3 International Monetary Fund, 2023 Article IV Country Report Germany, 17. Juli 2023, <https://www.imf.org/-/media/Files/Publications/CR/2023/English/1DEUEA2023001.ashx>
- 4 „World Competitiveness Report 2023, International Institute for Management Development“ (IMD), Lausanne 2023, <https://www.imd.org/centers/wcc/world-competitiveness-center/rankings/world-competitiveness-ranking/>
- 5 „Es gibt keine Krise im Maschinenbau“, *Süddeutsche Zeitung*, 13.12.2023, S. 14.
- 6 Die Chinesen sind besser als wir“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, faz.net, 11.11.2023.
- 7 Vgl. dazu etwa den langen Bericht: Träge, müde, unwillig: We were the Champions, *Wirtschaftswoche*, 8.11.2023.
- 8 „Volkswirtschaft im Niemandsland“, *Handelsblatt*, 11.8.2023, S. 14.